



3. Sachstandsbericht Arbeitskreis Breitband
4. Beratung und Beschlussfassung über die Neuberechnung der Verwaltungskostenbeiträge
5. Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtrags- AMTPR/BV/059/2012  
haushalt 2012 nebst Nachtragsstellenplan
6. Bericht der Verwaltung
7. Bekanntgaben und Anfragen

### **- öffentliche Sitzung -**

#### **TO-Punkt 1: Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Herr Amtsvorsteher Klindt, eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Hauptausschussmitglieder und die Gäste. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Diese wird daher wie vorgesehen verhandelt.

#### **TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 16.05.2012**

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 16.05.2012 gilt damit als genehmigt.

#### **TO-Punkt 3: Sachstandsbericht Arbeitskreis Breitband**

Herr Amtsvorsteher Klindt berichtet von den bisherigen Sitzungen des Arbeitskreises Breitband. Zuletzt haben Gespräche mit Vertretern des Amtes Lütjenburg und des Amtes Selent-Schlesien stattgefunden. Man habe dort die Gründung eines Verbandes beabsichtigt und sei dabei, im Rahmen eines Projektauftrages die technische und wirtschaftliche Machbarkeit zur Realisierung eines Breitbandnetzes (einschließlich der Hausanschlüsse) zu prüfen. Er berichtet, dass Herr Amtsdirektor Sönke Körber und Bürgermeisterin Frau Mews an einem Auftakt-Workshop zu diesem Projekt teilnehmen durften.

Frau Mews berichtet, dass insbesondere seitens des Amtsvorstehers Olaf Arnold im Rahmen einer Informationsveranstaltung angeboten wurde, über Details des Projektes zu informieren. Frau Mews unterstützt diese Idee und weist darauf hin, dass die Gemeinden schnellstmöglich entscheiden sollten, ob ein derartiges Projekt auch für die Probstei vorgenommen werden sollte. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass erst nach Vorlage der Projektergebnisse entschieden werden kann und sollte, ob weitere Schritte, die in Richtung Gründung eines Zweckverbandes führen, unternommen werden können. Sie betont, dass die Kosten des Projektes verloren sein könnten, wenn sich im Ergebnis herausstellen sollte, dass eine Breitbandversorgung der Gemeinden nicht wirtschaftlich darstellbar wäre.

Ergänzend erläutert Amtsdirektor Körber, dass für den Bereich des Amtes Lütjenburg und des Amtes Selent-Schlesien Kosten für das Projekt in Höhe von ca. 85.000 € anfielen. Er

rechne für die Probstei mit einem Betrag oberhalb 100.000 €. Er weist außerdem darauf hin, dass die in Rede stehenden 3.000 € pro Gemeinde lediglich eine gegriffene Zahl sei. Dies hätten weitere Informationen ergeben.

Amtsdirektor Körber weist außerdem darauf hin, dass mit Datum vom 3. September eine neue Förderrichtlinie zur Breitbandversorgung erlassen wurde. Diese sei heute im Amt eingegangen. Er habe bereits mit dem LLUR, dort Herrn Wolff, Kontakt aufgenommen um nähere Details zu erfahren. Herr Wolff habe sich bereit erklärt in einem kleineren Kreis, hier böte sich der Arbeitskreis Breitband an, eingehend zu informieren.

Auf Nachfrage von Herrn Winkler erläutert Amtsdirektor Körber, dass hinsichtlich einer Zeitschiene im Ergebnis mit dem Ende des Jahres gerechnet werden müsse. Er erläutert, dass sowohl Grundsatzbeschlüsse aller Gemeinden notwendig seien als auch Aufgabenübertragungsbeschlüsse, die sich auf dieses Projekt bezögen. Im Kreise der Mitglieder des Hauptausschusses besteht jedoch Einvernehmen darüber, dass Gespräche mit dem LLUR sowie die Informationsveranstaltung schnellstmöglich erfolgen sollten.

Herr Zurstraßen weist unter Betonung der Bedeutung insbesondere für den touristischen Bereich darauf hin, dass auch die Unterschiede der Versorgung in der Probstei beachtet werden sollten. Er bat darum, möglichst schnell nähere Informationen vorzulegen.

Frau Mews betont, dass außerdem die für die Probstei maßgeblichen Kosten ermittelt werden sollten. Sie erläutert ergänzend zu ihrem bisherigen Vortrag, dass ausdrücklich erläutert wurde, dass nach Ergebnis der Projektstudie im Amt Selent-Schlesien und im Amt Lütjenburg-Land es durchaus denkbar sei, dass sich im Zuge des weiteren Verfahrens Gemeinden der Probstei dort anschließen könnten. Zunächst müssen für diese Frage jedoch dort die Projektergebnisse abgewartet werden.

Herr Gnauck erläutert, dass zweigleisig gefahren werden solle. Hinsichtlich eines sog. „Plan B's“ sollten auch Überlegungen angestellt werden möglicherweise ohne Fördermittel in eine derartige Studie einzusteigen.

Herr Körber ergänzt, dass lt. Aussage des LLUR er für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 insgesamt 3 Mio. € Fördergeld zur Verfügung stehen sollen.

Abschließend besteht Einvernehmen, dass schnellstmöglich eine Sitzung des Arbeitskreises Breitband unter Hinzuziehung des LLUR stattfinden soll. Außerdem ist schnellstmöglich eine Informationsveranstaltung unter Hinzuziehung von Vertretern des Amtes Lütjenburg-Land und des Amtes Selent-Schlesien zu organisieren. Parallel sollen seitens der Amtsverwaltung schnellstmöglich weitere Details auch hinsichtlich etwaiger Kosten ermittelt werden. Im Amtsausschuss am 12.09. soll berichtet werden.

#### **TO-Punkt 4: Beratung und Beschlussfassung über die Neuberechnung der Verwaltungskostenbeiträge**

Herr Amtsvorsteher Klindt führt in die Thematik ein und weist darauf hin, dass es hier im Ergebnis noch um einen Vollzug des seinerzeitigen Fusionsvertrages handelt. Es sei aber gelungen, nunmehr ein einheitliches System für die Berechnung der Verwaltungskostenbeiträge zu entwickeln.

Auf Wunsch erläutert Amtsdirektor Körber die allen Mitgliedern des Hauptausschusses vorliegende Vorlage und geht dabei auf die Systematik und die Grundlagen der Ermittlung der Beiträge ein. Er erläutert, dass gewisse Annahmen notwendig seien und dass außerdem bei gewissen Aufgabenstellungen, so z. B. bei der Wohnungsverwaltung, andere Ansätze als die der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) in Ansatz gebracht wurden. Im Ergebnis sei es aber gelungen ein administrativ vertretbares System zu entwickeln, welches auch künftigen Veränderungen gerecht würde.

Herr Amtsvorsteher Klindt erläutert, dass es bei der Berechnung von Verwaltungskostenbeiträgen darum ginge, die allgemeine Amtsumlage zu senken und einen Beitrag zur kostenmäßigen Verursachergerechtigkeit zu leisten. Er weist jedoch deutlich darauf hin, dass selbst bei Wegfall von Aufgaben nicht immer entsprechendes Personal freigesetzt werden könne, so dass in diesem Fall dann Kosten, die nicht durch Verwaltungskostenbeiträge gedeckt würden, diese durch die allgemeine Amtsumlage zu decken seien.

Herr Zurstraßen berichtet von den Vorgesprächen die mehrfach stattgefunden haben. Er stimmt dem vorgelegten Verfahren zu und erläutert außerdem, dass eine Durchschnittsbetrachtung, die im Übrigen mit den tatsächlichen Zahlen abgeglichen sei, sinnvoll ist. Es handle sich hier um eine vertretbare Durchschnittsrechnung, die den Anforderungen an eine effiziente Administration gerecht würden.

Abschließend erläutert Amtsdirektor Körber dass beabsichtigt sei, da die Grundlagen der quantitativen Erfassung von Arbeitsanteilen aus dem Jahre 2009 sei, bereits für das nächste Jahr eine Neukalkulation vorzulegen. Anschließend solle regelmäßig im Abstand von drei Jahren eine Neuberechnung erfolgen. Gleichwohl sollen bei Wegfall oder auch beim Hinzukommen neuer Aufgaben Anpassungen innerhalb dieses Zeitraumes vorgenommen werden.

Im Anschluss ergeht folgender

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss stimmt dem vorgelegten Modell zur Neuberechnung der Verwaltungskostenbeiträge zu. Regelmäßig soll eine Neukalkulation in einem Abstand von drei Jahren erfolgen. Daneben sind seitens der Verwaltung regelmäßige Anpassungen insbesondere beim Wegfall von Aufgaben, aber auch beim Hinzukommen von Aufgaben vorzunehmen. Gleiches gilt für erhebliche Veränderungen hinsichtlich der quantitativen Aufgabenstellungen.

Stimmberechtigte: 10			
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

### **TO-Punkt 5: Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtragshaushalt 2012 nebst Nachtragsstellenplan Vorlage: AMTPR/BV/059/2012**

Amtsvorsteher Hagen Klindt erläutert den allen Mitgliedern vorliegenden Entwurf des 1. Nachtragshaushaltes für das Haushaltsjahr 2012 nebst Stellenplan. Er geht dabei insbesondere auf die im Vorbericht ersichtliche veränderte Berechnung der Synergieeffekte ein. Es sei vertretbar, dass die bisherigen tariflichen Steigerungen von jedem ehemaligen Vertragspartner selbst zu tragen seien. Es sei daher notwendig, vor Berechnung der Synergieeffekte diese auf die Ausgangsbeträge im Fusionsvertrag hinzu zu addieren. Dies sei in dem jetzt vorgelegten Vorbericht geschehen. Im Ergebnis stelle sich dabei heraus, dass eine positive Synergie dargestellt werden könne. Außerdem geht er darauf ein, dass in den Gesamtpersonalkosten altersteilzeitbedingte Kosten enthalten seien, die in den kommenden Jahren jedoch erheblich abschmelzen. Anschließend erläuterte er einzelne Einzelpositionen.

Im Anschluss fragt Frau Mews, warum der Amtsdirektor eine Assistenzstelle benötige. Sie könne dies, obwohl ihr die Aufgabenbeschreibung und die externe Stellenbewertung wunschgemäß vorgelegt wurde, nicht ohne weiteres nachvollziehen.

Amtsdirektor Körber erläutert, dass es hier keineswegs um eine persönliche Assistenz seinerseits ginge sondern vielmehr darum, quantitative Synergien, die sich im Zuge der Veränderung der Arbeiten im Vorzimmer ergeben hätten, sinnvoll zu nutzen. Dies habe sich bereits

bei der ehemaligen Stelleninhaberin gezeigt. Außerdem diene die Assistenzstelle nicht ausschließlich dem Amtsdirektor, sondern sie arbeite insbesondere auch der Amtsleitung I zu. Es handele sich bei den Tätigkeiten auch keineswegs um Aufgaben die zuständigkeitshalber in den Ämtern bzw. Abteilungen durchgeführt würden, sondern vielmehr um projektbezogene Aufgaben, bei denen verschiedenste Zuständigkeiten berührt seien. Dies ergebe sich auch aus der Aufgabenbeschreibung und der entsprechenden Stellenbewertung.

Herr Zurstraßen unterstreicht ausdrücklich die aus seiner Sicht richtigerweise vorgenommene Änderung. Er halte dies für sinnvoll und vernünftig und erläutert, dass er dies aufgrund seiner räumlichen Nähe durchaus beobachten und bestätigen könne.

Herr Amtsvorsteher Klindt ergänzt, dass er erwartet, dass diese Maßnahme auch zur Beseitigung der bisherigen Mängel im Bereich des Protokollwesens und der Umsetzung von Beschlüssen beiträgt.

Im Anschluss ergeht folgender

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 mit dem Nachtragshaushaltsplan und den Anlagen gemäß Entwurf zu beschließen.

Stimmberechtigte: 10			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

### **TO-Punkt 6: Bericht der Verwaltung**

Amtsdirektor Körber berichtet von der seitens des Kreises Plön durchgeführten unvermuteten Kassenprüfung. Dabei seien keine Beanstandungen festgestellt worden. Das Gemeindeprüfungsamt wies jedoch darauf hin, dass das Amt Probstei darüber nachdenken möge, auf eine Bargeldkasse zu verzichten und verweist dabei auf die Erfahrungen des Amtes Schrevenborn. Seitens des Gemeindeprüfungsamtes wird der Aufwand als zu hoch betrachtet. Seitens der Verwaltung wird empfohlen in diese Überlegungen nicht einzusteigen. Einsparungen, insbesondere im Bereich der Personalkosten seien nicht zu erzielen und vor allem soll aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit und des Services nicht auf diese Einrichtung verzichtet werden.

Hinsichtlich der Wasserversorgungsaufgabe berichtet Amtsdirektor Körber, dass die Prüfberichte für die Wirtschaftsjahre 2009 und 2010 seit kurzem vorliegen und keine Beanstandungen ergeben haben. Mit den ehemaligen Verbandsgemeinden findet Anfang Oktober ein Termin statt um die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen.

Amtsdirektor Körber weist darauf hin, dass die Amtsverwaltung ihren alljährlichen Betriebsausflug am 19.09.2012 vornehmen wird.

Amtsdirektor Körber erläutert, dass z. Z. alle Stellen besetzt seien und die in Kürze freiwerdenden Stellen durch entsprechende Ausschreibungen ebenfalls bereits nachbesetzt wurden.

Abschließend erläutert Amtsdirektor Körber, dass nach dem derzeitigen Stellenplan im Rahmen der bisher vorgenommenen Berechnungsweise z. Z. 1,93 Stellen pro Tausend Einwohner für das Amt Probstei vorlägen. Es besteht im Rahmen einer kurzen Diskussion jedoch

Einvernehmen darüber, dass es weniger auf die Stellen pro Tausend Einwohner ankäme, sondern auf die Qualität der erwarteten Aufgabenerledigung.

**TO-Punkt 7: Bekanntgaben und Anfragen**

Amtsvorsteher Klindt wies darauf hin, dass er bereits in einer der letzten Sitzungen gebeten hatte über eine gemeinsame Fahrt der Selbstverwaltung nachzudenken. Im Rahmen einer kurzen Aussprache besteht breite Zustimmung zu dieser Idee, wobei an eine gemeinsame Fahrt zum Abschluss der Wahlperiode durch den gesamten Amtsausschuss ausgegangen wird. Diese soll für den Mai 2013 organisiert werden.

gesehen:

Hagen Klindt  
- Ausschussvorsitzender -

Sönke Körber  
- Amtsdirektor / Protokollführer -